

Für Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher...
Preis 2,50 M., durch die Post 2,75 M., auswärts Zustellungsgebühr...

Für unentgeltlich eingehende Manuskripte...
Herausgeber der Redaktion Nr. 1140;
der Geschäftsstelle Nr. 1133 a...

Saale-Zeitung.
Dreihundvierzigster Jahrgang.

weder die Spaltenzahl oder deren
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, 1 sowie von
unseren Annahmestellen und allen
Annoncen-Expeditoren angenommen.
Reklamen die Zeile 7 Pfg. für Halle
und außerhalb 1 Pfg.
Erscheint täglich zweimal,
Sonntags und Feiertagen einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung
Stelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17;
Neben-Geschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-
straße 63, 1; Telephon Nr. 590 u. 591.

Die zersprungene Glocke.

Für die im Reichstage herrschende Stimmung war ein
kleiner Vorgang bezeichnend, der sich am Sonnabend ab-
spielte. „Die Regierung sieht auf dem Standpunkt“, begann
der Reichschatzsekretär Eybow. An dieser etwas abge-
griffenen Formel wäre nun weiter nichts Auffallendes. Aber
der von Galgenhumor erfüllten Linken war es unüber-
sehblich, daß die Regierung, nachdem sie so oft umgefallen
ist, überhaupt noch einem „Standpunkt“ für sich beanspruchen
könne, und so entstand im Saale die allgemeinste Heiterkeit,
die sich nur noch steigerte, als Herr Eybow, der den Grund
des Gelächters zuerst nicht begriffen hatte, immer wieder an-
ging: „Die Regierung steht auf dem Stand-
punkt...“

Da sprang der Präsident Graf Stolberg hilfsreich ein und
schwang die Glocke. Er schwingt sie immer wie ein Schwert
und hat sie schon einmal, in der Jollstichtung vom 13. Dezem-
ber 1902, in den Saal geschleudert. Am Sonnabend hatte
sich der Köpffel aus und entfernte sich in weitem Bogen.
Hinter ihm her stieg die Glocke, glücklicherweise, ohne Schaden
anzurichten. Nun war der Präsident für ein paar Minuten
mehrlos, und das Gelächter im Hause verstärkte sich noch, bis
endlich eine neue Glocke gebracht wurde, die nun mit etwas
klapperigem Ton Ruhe gebot und Herrn Eybow die Fort-
setzung seiner Standpunktrede ermöglichte.

Die zersprungene Glocke hat das Ende der Finanza-
lämpfe eingeleitet. Möglicherweise hängt die Reise des
Fürsten Bismarck zum Kaiser nach Travemünde mit der Befrei-
gung der letzten Schwierigkeiten zusammen. Es kann aber
auch sehr wohl sein, daß der Kaiser nur den Rat des Fürsten
Bismarck bei der Berufung seines Nachfolgers hören will. Aber
mer auch als künftiger Kaiser kommen möge, er wird einen
schweren Stand haben. Die zersprungene Glocke hat auch
einen guten Teil der Regierungsautorität zerspringen lassen.

Ueber die Sitzung wird uns noch berichtet:

Hg. Semler (nl.):

Es heißt jetzt nicht mehr: am Golde hängt alles! Kein, am
Schnaps hängt alles. (Sehr gut! links: Laufen rechts.) Die Wehr-
heitsbeschlüsse sind ein Klauzige schimmiger Art. (Sehr Beifall
links; bestiger Widerspruch rechts.) Beim letzten Spiritusgesetz hat
Graf Stolberg offen erklärt, man müsse den Agrariern die
Liebesgabe gewähren, weil sie sonst ihren Reutnantsöhnen keine
Zulagen geben könnten. (Großes Geläch!) Das war ehrlich!
(Hg. Kreth rufte: Aber dumm, Leb. Mrube.)

Hg. Dr. Weber (nl.):

Wir Nationalliberalen haben für den Jollstift gestimmt, dem
die Landwirtschaft ihre heutige glänzige Lage verdankt. Der Bund
der Landwirte hat dagegen gestimmt. Wer ist nun landwirtschafts-
freundlich? (Beifall b. d. Rechts.)

Hg. Gothein (fr. Vgg.):

Die Haltung der Agrarier wundert mich gar nicht, wohl aber,
daß die Regierung alles mit macht. Sie muß jedes Vertrauen im
Volke verlieren. (Beifall links.)

Reichschatzsekretär Eybow

(von der Linken mit den Augen: Aß! empfangen): Sie werden
mich aus meiner Ruhe nicht herausbringen. (Stürm. Beifall
rechts.) Unsere Monopolvorlage ist gerade von der Partei des
Hg. Gothein lebhaft bekämpft worden und jetzt macht er uns
Vorwürfe. (Beifall rechts.)

Hg. Dr. Wiemer (fr. Vp.):

Gegen das Monopol beschließen grundsätzliche wie praktische Be-
denken.

Die Diskussion schließt, § 2, der die Höhe der Verbrauchs-
abgabe und die Kontingentspannung, die sogen.
Liebesgabe, festsetzt, wird in namentlicher Abstimmung mit
207 gegen 143 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Die
freisinnigen und nationalliberalen Änderungsanträge werden
abgelehnt.

Zu § 15 steigt mit dem Antrage der Nationalliberalen, betr.
die Ausdehnung der Abfindung auf die Brennereien bis zu 50
Hektolitern ein Antrag Röske (son.) vor, der den gleichen In-
halt hat.

Reichschatzsekretär Eybow

bemerkte hierzu: Die verbündeten Regierungen stehen auf dem
Standpunkte...

(Stürmische Unterbrechungen bei den Soz. und Aufe: Stehen
überhaupt nicht, sind schon längst umgefallen! Es erhebt sich
ein großer Lärm, der minutenlang anhält. Vergeblich ruft der
Präsident Graf Stolberg Ruhe zu schaffen. Dabei verliert die
Klingel den Köpffel, und der Präsident wirft die unbrauchbare
Glocke in den Saal. Minutenlang herrscht köstliche Heiterkeit
im Hause. Vergeblich bemühen sich die Schriftführer, die Klingel
weder in Ordnung zu bringen. Der Präsident steht absehend und
dabei und ist nicht in der Lage, Ruhe zu schaffen. Als sich der
Feststellungsum einermachen gelegt hat, beginnt Reichschatz-
sekretär Eybow wiederum: Die verbündeten Regierungen stehen
auf... Das Schauspiel mit den Zwischenrufen und die Heiter-
keitsausbrüche wiederholt sich.)

Präsident Graf Stolberg

erklärt: Dieser Lärm entspricht nicht der Würde des Reichstages.

(Leb. Beifall.)

Schatzsekretär Eybow

läßt nunmehr erklären, daß die Anträge zu § 15 für die ver-
bündeten Regierungen unannehmbar sind. (Zwischen ist eine neue
Klingel herbeigeholt worden.)

Hg. Dr. Röske (son.)

ändert seinen Antrag mit Rücksicht auf die Erklärung der Regie-
rung dahin: Ausdehnung der Abfindung auf die Brennereien bis
zu 30 Hektolitern.

Hg. Singer (Soz.):

148 Paragraphen hat die Vorlage. 83 Anträge liegen dazu
vor. (Hört, hört!) Ich beantrage Zurückverweisung an die Kom-
mission. (Laufen rechts.) Eine Kommissionsberatung, die nach-
her noch 83 Anträge erfordert, zeigt Unruhe. (Sehr wahr! links.)
Wie kann man dem Reichstag zumuten, jetzt im Galopp ein solches
Gesetz zu erledigen! Das ist unerhörte, das ist ein Skandal. (Prä-
sident Graf Stolberg: Der Ausdruck „Skandal“ ist unparlamentarisch. Lärm b. d. Soz.)

Der Antrag auf Zurückverweisung wird gegen die Stimmen
der Soz. und einiger Freisinnigen abgelehnt.

Hg. Gothein (fr. Vgg.):

Die Mehrzahl unserer Partei hat deshalb nicht zugestimmt,
weil wir der Ueberzeugung sind, daß diese Kommission auch nichts
besseres machen wird. (Heiterkeit; Beifall links.)

In namentlicher Abstimmung werden die Anträge der Nationa-
liberalen und des Hg. Dr. Röske betreffend die Abfindungs-
brennereien (50 Hektoliter) abgelehnt.

Es wird nunmehr in rascher Folge über die weiteren Para-
graphen abgestimmt. Die Kommissionsbeschlüsse werden
gegen die Vint angenommen. Die Anträge der Nationalliberalen
und Freisinnigen abgelehnt. Der nationalliberale Antrag
auf Erweiterung der stoffartigen Ermäßigung der Betriebs-
aufgabe wird mit 183 gegen 109 Stimmen abgelehnt.

§ 107, der die Soz. zollfrei in die Zölle mit einer Ver-
brauchsabgabe von 40 Mfr. für das Kilo beläßt, wird nach kurzer
Ausprache in gemilderter Form nach einem Antrage Geitens-
berger (Str.) angenommen, der die Verbrauchsabgabe auf 24 Mfr.
setzt. Eine Auseinandersetzung findet statt beim § 69 a, der die
Verpflichtungspflicht (Denaturierungszwang) einführt. Ein Antrag
Rehbel (son.) mildert den Denaturierungszwang für die Luft-
bestandteile gegen die Kommissionsbeschlüsse. Die namentliche
Abstimmung ergibt die Annahme des § 69 a in der Fassung des An-
trages Rehbel mit 181 gegen 166 Stimmen bei vier Enthaltungen.
§ 103 enthält den Parfümeriezoll, 103 a die auf Antrag
Erzberger neu eingeführte Parfümeriezölle.

Schatzsekretär Eybow:

Diese Steuer geht weit über das Maß der Luxussteuern hin-
aus. (Hört! hört! links.) Sie trifft unentbehrliche Gegenstände
der Hygiene, der Zahnpflege, Hauptpflege und Kinderpflege.
(Hört! hört! links.) Die Kontrolle muß bei der Anzahl der in
Betracht kommenden Geschäfte und Personen auf die größten
Schwierigkeiten stoßen und so viel Banderolen, als erforderlich
wären, gibt es gar nicht. (Hört! hört! links.) Die kleinen Zrei-
ler und Zwickler bringen man um ihren Hauptzweck. Die Steuer
wird 1 bis 2 Millionen bringen und die Kontrolle wird mehr als
das kosten. (Hört! hört! links.) Es ist eine ganz unpopuläre
Steuer, eine richtige Betrügersteuer ältester Art. (Leb-
hafter Beifall links.)

Hg. Dietrich (son.):

Der Schatzsekretär hat noch nie so viel Zustimmung erfahren,
wie mit dieser Rede. (Große Heiterkeit links.) Im Namen meiner
politischen Freunde, der Reigen und der Wirtschaftlichen Ver-
einigung erkläre ich, daß uns die Gründe des Schatzsekretärs über-
zeugt haben und wir die Parfümeriesteuer ablehnen werden.
(Große Heiterkeit.)

Hg. Erzberger (Str.):

(mit großer Heiterkeit empfangen) befreit, daß eine Steuer
gegen die Reinlichkeit ist. Wir behalten uns vor, darauf zurückzu-
kommen, nunmehr aber legen meine politischen Freunde keinen
Wert mehr auf den § 103 a. (Heiterkeit.)

Hg. Träger (fr. Vp.):

hält, andauernd unterbrochen von lärmiger Heiterkeit eine Rede
über die Parfümeriesteuer. Das Gebahren des Steuerblocks er-
innert an die Wärenekteln, die ihre ungeliebten Jungen in die
richtige Pfaffen lassen. Die Steuermehrheit bringt Steuermonita-
zur Welt und sagt zum Reichstag: nun lassen Sie! (Große
Heiterkeit.)

Die Parfümeriesteuer wird einstimmig abgelehnt. § 104 und
104 a, die die Alkoholprozentbestimmungen und die Deklarations-
bestimmungen für Kornbranntwein enthalten, werden, nachdem
Dr. Weber und Dr. Wiemer dagegen gesprochen, unter großem
Geläch bis auf einen Torjo abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird ein Antrag der Sozial-
demokraten abgelehnt auf Unterfällung arbeitslos werdender Ar-
beiter mit 192 gegen 139 Stimmen bei 8 Enthaltungen.

Nach Erledigung der Branntweinsteuer verlegt sich das Haus.
Montag 1 Uhr: Schanzergänze und Weiterberatung der
Finanzreform.

Schluf 7 1/2 Uhr.

Des Kanzlers Abschied?

Die „Augsburger Post“, ein literales Blatt Süddeutsch-
lands, bringt die Meldung, daß die Entlassungs-
urkunde des Fürsten Bismarck vom Kaiser her-
unterzeichnet sei.

Auf eine drastische Erkundigung an ununterrichteter
Stelle in Berlin wurde uns heute der Bescheid, daß das Ge-
richt in der Reichshauptstadt schon am Sonnabend verbreitet
war. Sicher sei, daß der Kanzler noch vor Beendigung der
Reichsfinanzreform aus dem Amte scheiden werde.

Das ist allerdings nur noch ein sehr kurzer Zeitraum,
den neuesten Meldungen zufolge hofft der schwarze Block
sein Werk bis Sonnabend erledigt zu haben.

Die Finanzminister der Bundesstaaten
treten, wie schon gemeldet, am Montagabend zusammen, um
sich über eine Verständigung in der Reichsfinanzreform mit
der neuen Mehrheit des Reichstages schüßig zu machen. Bis-
her hat mit den Vertretern der neuen Mehrheit nur eine
unverbindliche Vorberedung stattgefunden,
dagegen haben diese Vertreter unter sich in den letzten Tagen
im Reichstag mehrfach Besprechungen gehabt. Weder im
Bundesrat noch in der Mehrheit des Reichstages wird be-
zweifelt, daß eine Verständigung zustande kommt.

Wie es heißt, will nach jeder Konferenz Fürst Bismarck
dem Kaiser über das Schicksal der Reichsfinanzreform noch
einmal Vortrag halten, und zwar in Travemünde, noch ehe
sich der Kaiser vor dort nach Selmig begibt.

Der bayerische Ministerpräsident

Fehr. v. Podewills hat am Sonntag dem Prinzregenten
längeren Vortrag gehalten; er verließ heute auf mehrere Tage
nach Berlin und kehrt von dort direkt an das Hoflager
nach Hohenzollern zurück, um dem Prinzregenten, der sich
Dienstag dorthin begibt, neuerdings Bericht zu er-
statten.

„Ehrlich aber — dumm.“

Eine nette Bemerkung, die das Verhalten der Konser-
vativen in Sachen der Finanzreform unübertrieben charak-
terisiert, hat im Reichstag bei der Beratung der Brannt-
weinsteuer der konservativen Hg. Kreth gemacht:

Der nationalliberale Redner Dr. Semler konnte be-
stehen, daß ihm Graf Podobonsky vor einer Reihe von
Jahren zu dem erneuten Kommando in der Spiritusfrage
durch das offene Bekenntnis zu überreden suchte: Woher
sollen denn die österrischen Großgrundbesitzer das Geld für
die Reutnantszulage ihrer Söhne nehmen, wenn sie nicht
diese Liebesgabe aus dem Branntwein haben? „Das war
ehrlich!“, sagte Herr Semler seinem Zitat hinzu — „meine
Freunden (zur Rechten), warum sind Sie nicht auch so ehr-
lich in dies zugegeben, also den Vorteil der Liebesgabe ein-
zugestehen?“

Und als nun die Linke über diese Worte Semlers in
starken Beifall ausbrach, die Rechte aber verlegen schwieg —
da stang aus des Abgeordneten Kreth agrarischer Mäner-
brust laut und vernehmlich der Zwischenruf: „Ehrlich ja
— aber dumm.“

„Welche treffende Charakteristik!“ so schreibt der
„B.Z.“ mit Recht, für die ganze konservative Brannt-
weinpolitik. Sie halten das Bekenntnis des Vorteils, den
sie aus dem Liebesgaben ziehen, zwar für ehrlich, aber für
dumm. Und darum stellen sie es so dar, als wenn die
Branntweinsteuer ihnen Vorken bringe, der Vorteil der Lie-
besgabe aber nicht die Bezeichnung Liebesgabe verdiene, ob-
wohl es einst auch ein konservativer war, der dieses Wort
zuerst in Ehrlichkeit geprägt hat.

Ja — noch mehr. Das Wort Kreth vom Sonnabend,
das höfentlich zu einem gefügigsten Wort im parteipoliti-
schen Kampfe gegen die Konservativen werden wird — ist
nicht im letzten Grade überhaupt der Kern der ganzen
Ausschauung, von der aus die Konservativen bei
dieser Finanzreform operiert haben?

Sie hielten es für dumm, ehrlich einzugegeben, daß
sie vom Standpunkt der Steuerlichen des Großgrundbesitzers
aus Gegner der Erbschaftsteuer seien. Darum mußte statt
dessen der bedrohliche „heilige Familienfint“ vorhalten oder
die angebliche Forderung für den Bauernstand.

Sie hielten es für dumm, ehrlich zuzugeben, daß sie
aus politischen Gründen die Finanzreform nicht mit den
Liberalen machen wollten, damit diese keine weiteren Zug-
ehändnisse etwa in Preußen bei der Reform erhalten
sollten. Darum verdröhten sie den Tabakstand dahin, als sei
die Arbeit der Liberalen bei der Finanzreform unfruchtbar,
und so spähten sie nach dem Bundesgenossen im Zentrum aus.

Sie hielten es für dumm, ehrlich einzugeben, daß sie
von dem Reichstanzler nichts mehr wissen wollten, der als
preussischer Ministerpräsident die Thronrede mit dem Re-
sprechen der Reform vertreten hat. Und bereiteten ihm
daraus den Sturz „hinten herum“ vor durch die Intrigen am
Sof nach der Novemberkrise und durch den Widerstand gegen
die Erbschaftsteuer.“

Eine Auslandsstimme.

Im römischen „Mattino“ unterzieht der bekannte Publi-
zist Borgeje, der lange in Deutschland gelebt, und dessen
Werk „La Nuova Germania“ vor einiger Zeit viel bemerkt
wurde, die Bismarck-Krise einzur eingehenden Würdigung.

Borgeje glaubt, daß „wenn nicht die Götter aus Mas-
salla niedersteigen werden“, die Liberalen und Konser-
vativen fortan als Herren in Deutschland
schenken und wachen werden zunkünftig des Reichthums
und des Fortschritts. „Für uns Ausländer“, sagt er, „ist es
weder trauglich noch erfreulich, daß die Reaktion so sehr
müßig und auch es jeden Deutschen mit Grom er-
füllen, daß der Nation bevorsteht, ein literales Bräde-
minium zu erdulden, das zu der geistigen Reife
des deutschen Volkes in größtem Wider-
spruch steht.“

Deutsches Reich.

Zur Schaffung eines deutschen Schulmuseums

schreibt man uns: Die preussische Unterrichtsverwaltung
rückt sich zum drittenmal, um auf einer Weltausstellung
ein umfassendes Bild ihrer gesamten Betätigung zu geben,

Mit einem Staatszuschuß von 200 000 Mark wird im nächsten Jahre in B r ü s s e l eine Schulausstellung zu Stande kommen, wie sie ähnlich 1893 in Chicago und 1904 in St. Louis gezeigt wurde.

Die verschiedensten Anstaltsarten werden dabei durch besonders charakteristische Typen dargestellt werden. Ist es nun nicht eine wunderbare Tatsache, daß nur das Ausland eine deutsche Unterrichtsausstellung in solcher Vollkommenheit zu sehen bekommt, während wir im eigenen Lande nichts Derartiges kennen? Man sollte meinen, der Gedanke läge doch nahe, das wertvolle Material, welches aus Staatsmitteln für die Weltausstellungen beschafft wird, in einer Sammlung zu vereinigen, anstatt es nach Schluß der Ausstellung wieder in alle Winde zu streuen. Ein deutsches Schulmuseum, das eine vollständige historische Entwicklung unseres Unterrichts- und Erziehungsweins mit allen seinen Einrichtungen gibt und eine zuverlässige Ausführligkeit ist für alle Interessenten, wäre für Eltern und Lehrer eine sehr wertvolle und segensreiche Einrichtung. Es müßten in Modellen und Plänen alle Arten von normalen Schulen und die für vorkursulische Erziehung, für Blinde und Taubstumme vorgeführt werden.

Andere Staaten, wie Frankreich, Dänemark, Rußland, haben längst derartige Museen. In Deutschland bestehen zwar einzelne Schulmuseen, die von Städten oder Lehrervereinigungen geschaffen sind. Aber es fehlt vollkommen ein Institut, in dem sich alle die Faktoren vereinen, die anregend auf das Schulwesen des ganzen Landes wirken können. Es ist bekannt, daß der verstorbenen Ministerialdirektor Altshoff, dem wir im übrigen dank mein Lobgedenken haben wollen, ein großer Freund einer solchen Schöpfung war.

Wie verlautet, wird in der nächsten Tagung des preussischen Landtages die Regierung ersucht werden, im Anschluß an die Brüsseler Ausstellung die Begründung eines deutschen Schulmuseums ins Auge zu fassen.

Allgemeine Mitteilungen.

Der Deutsche Kriegerbund beschloß in seiner Tagung in Eisenach den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit besonderem Nachdruck zu führen. Zum nächsten Tagungsort wurde Detmold gewählt.

Im Juni wanderten über Bremen aus: 9578 Personen (gegen 4707 im Juni 1908), darunter 806 (720) Deutsche; im ersten Halbjahr 1909 83 316 Personen (gegen 25 471 im ersten Halbjahr 1908), darunter 5531 (4577) Deutsche.

Drei Parteitage.

Berlin, 3. Juli 1909.

Der Zusammenbruch des Bodes und die dadurch von Grund aus veränderte politische Lage hatten der national-liberalen Partei, der freisinnigen Volkspartei und dem Wahlverein der Liberalen, Veranlassung zur Einberufung von außerordentlichen Parteitagen gegeben, die heute im Laufe des Nachmittags zusammentraten und zwar alle drei unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus allen Teilen des Reiches, obwohl die Einladungen naturgemäß erst in letzter Stunde ergangen konnten, und niemand vorher an die Möglichkeit einer solchen Zusammenkunft gedacht hatte. Die national-liberale Partei hatte ursprünglich die nächste Tagung der Gesamtpartei erst für den Anfang Oktober dieses Jahres in Eisenach in Aussicht genommen, und die freisinnige Volkspartei wollte sogar erst im nächsten Jahre wieder zusammentreten, während der Wahlverein der Liberalen seinen diesjährigen Vertretertag bereits im Frühjahr abgehalten hatte.

Das zufällige Zusammentreffen der drei Parteitage hatte ursprünglich zu der Meinung Veranlassung gegeben, es solle zwischen den drei Richtungen des Liberalismus eine Verständigung über das weitere Verhalten der neuen Reichstagsmehrheit gegenüber herbeigeführt, bzw. Beratredungen über die Möglichkeit des gegenseitigen Beistandes der drei Parteien für den Fall einer Reichstagsauflösung getroffen werden. Soweit die national-liberale Partei in Frage kommt, hat deren geschäftsführender Ausschuss jedoch in erster Linie erklärt, daß nach dieser Richtung hin bisher keinerlei Aussprache stattgefunden habe, noch daß Beratredungen nach dieser Richtung hin getroffen werden sollen. Dagegen sind in letzter Stunde zwischen der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung Vorbesprechungen eingeleitet worden, die vollständig zu einem Zusammenfluß der freisinnigen Parteien führen, nicht nur innerlich, sondern auch außerhalb des Parlaments. Die Mehrzahl der Parlamentarier der freisinnigen Vereinigung hat sich bereits in zunehmendem Maße zu der Koalition geäußert und auch der Parteitag dürfte vollständig unter dem Druck der gegenwärtigen Verhältnisse einer Vereinigung zustimmen, insofern insbesondere die Tagung der beiden freisinnigen Parteien von besonderem Interesse sein werden.

Leider finden die Verhandlungen des Parteitages der freisinnigen Volkspartei wieder, wie alljährlich, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, während alle anderen Parteitage der verschiedensten Parteien des Deutschen Reichstages seit einigen Jahren bei voller Öffentlichkeit tagen. Die Verhandlungen des Zentralausschusses der freisinnigen Volkspartei begannen um 6 Uhr nachmittags im Zimmer 23 des Reichstages. Um dieselbe Zeit verlampte sich im Restaurant Rheingold der Zentralvorstand der national-liberalen Partei unter dem Vorsitz der Reichstagsabgeordneten B a s s e r m a n n und W a n s c h e zu einer Vorbesprechung der Tagesordnung für die morgige Hauptversammlung, die öffentlich tagen wird, und zwar im Kaiserpaal des Rheingold.

Der Parteitag der Freisinnigen Vereinigung.

trat um 5 Uhr nachmittags im Festsaal des Hotels Prinz Albrecht zusammen. In dem überfüllten Saale bemerkte man u. a. die Abgeordneten D. A u m a n n, B a n d i r e k t o r M o m m s e n, E i s e n b a h n d i r e k t o r A. D. S c h a d e r, B e r g d i r e k t o r G o t t h e i n und zahlreiche andere bekannte Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung, ebenso zahlreiche Damen.

Der Vorsitzende Reichstagsabgeordneter S c h a d e r begrüßte die Teilnehmer im Namen des Vorstandes, in den u. a. auch die D a m e n, F r a u D r. B e u e r e - H e d e b e r g, gewählt sind. Sodann gibt Abg. S c h a d e r einen Bericht über die politische Lage. Bezüglich des Verhältnisses der drei liberalen Parteien zu einander

sind alle drei Parteien einig. Es muß aus dem formalen Zusammenarbeiten eine wirkliche Einigung hervorgehen. Derzeit besteht auch in unserer Reihen kein Zweifel. Aber zu einem bestimmten Anschlag gehört ein Standpunkt des Parteitages, und wir könnten einen solchen erst herbeiführen, wenn wir wüßten, ob auf der anderen Seite Gerechtigkeit zu Verhandlungen vorhanden ist. Befragen wir es also bei dem und überlassen Sie alles weitere dem Vorstande. Redner befragt sich weiter mit der Finanzreform. Wir müssen alles daran setzen, daß die liberale Einigkeit auch ferner erhalten bleibt. Das wird uns leicht sein, denn das Verhalten der Konservation und des Zentrums hat das deutsche Volk befehrt, das es mit der Herrschaft dieser Parteien nicht bestehen kann. (Beifall) Redner ist bei den Regierungsmännern eine Überlastung gegen diese Politik des Zentrums und der Konservation nicht vorhanden. Die Regierung ist einfach nicht da. Manachte heute im Reichstage den Vertreter der Regierung einfach aus, als er davon sprach, daß die verschiedenen Regierungen auch einen Standpunkt hätten. So kann es nicht weiter gehen. Diese Überlegung kommt auch im Hanlabunde zum Ausdruck. Freilich, einen engeren Anschluß an den Hanlabund zu suchen, dazu ist die Zeit noch nicht da, es wird die weitere Entwicklung abzuwarten sein (Zustimmung). Das Gute hat er jedenfalls gewirkt, daß er zeigte, die erwerbenden Schichten lassen sich die Bevorzugung der jetzt herrschenden Klassen nicht mehr gefallen. Redner schloß mit einem erneuten Appell zur Einigkeit und tatkräftigen Arbeit. (Beifall)

Generalsekretär W e i n k a u s - B e r l i n erläuterte den Organisationsbericht. Während andere Parteien Mühe hätten, ihre Leute bei den Zahlen zu halten, sei der Zustimmung zu der freisinnigen Vereinigung der letzten Zeit. — Die Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 113 offiziellen Delegierten, die 62 Reichstagsabgeordnete vertreten.

Das Hauptthema der heutigen Tagung, Die Reichsfinanzreform und ihre Begleiterscheinungen, behandelte in dem Reichstagsabgeordneten B a s s e r m a n n. Die sich anschließende Debatte dehnte sich bis in die späten Abendstunden aus. — Abg. D o h r n - S e t t i n macht Mitteilung über die Vorgänge im Reichstage, wo die Regierung wieder einmal den Wünschen der Mehrheit nachgegeben habe. Abg. G o t t h e i n: Zollpolitik, Militär- und Marineelassen haben in unserer Finanzverwaltung heillosen Zustand verursacht. Die an die Junger gegebene Liebesgabe stellt heute ein Kapital von 4,3 Milliarden dar. Wir müssen appellieren an die Liebe des Volkes zur guten Sache und an seinen Haß zur bösen. Wir müssen eine „jungliberale“ Partei sein, das Eisen schmieden und warm halten bis zur nächsten Wahl, dann werden wir der Reaktion Herr werden. (Anf. Beifall) — Abg. R a u m a n n ist lebhaft begrüßt: Endlich haben die Liberalen wieder die richtige Front und die rechte Stelle der Hühner bekommen, rechts von den Nationalliberalen. Die Abweisung des Abg. S c h m a n n zeigt, ebenso wie die Gründung des Bauernbundes, die neue, linke Stellungnahme der Nationalliberalen Partei. Wenn er auch nicht sagen dürfte, von wem bis wem die Linke geht (große Heiterkeit), so weiß es doch alle Welt, von wem bis wem man bei der Kottierungsteuer und bei der Erbschaftsteuer im Reichstage sitzen blieb, als es zur Abstimmung kam. Die heutige Lage zeigt, daß wir dem Zweiparteiensystem entgegengehen. Von der einen ungeteilten Masse der Reaktion, von der die Sozialdemokratie spricht, ist heute nicht mehr die Rede. Der Liberalismus muß mehr sein als ein doktrinäres System.

Lebensoft und soziales Empfinden

muß ihn durchdringen, ebenso aus den Hanlabund, zu dem auch, wenigstens ideell, die Masse der Arbeiter gehört. Die heutige Niederlage des Liberalismus ist ein moralischer Sieg, der bewirkt wird, daß er wie ein Mann gegen die Reaktion den Kampf aufnehmen wird. (Anf. großer Beifall.)

Die Verhandlungen des zweiten Tages standen unter dem Vorsitz von Dr. L a n d m a n n - M a n n h e i m. Dr. S t r e d e r - R a u s e i m gibt eine Schilderung des Verhältnisses des linksliberalen zum Nationalliberalismus. Mitten durch die Nationalliberalen geht der Wind in Sessen. Graf O r i o l a und Dr. J a n s e n sind Anhänger des schwarzblauen Bodes. Früchte, die noch nicht reif sind, soll man nicht pflücken wollen und darum die liberale Einigung nicht übere Anstoß brechen. Abg. G o t t h e i n: Wir haben versucht, die eingelaufenen Resolutionen zur politischen Lage zusammenzufassen und bitten um Annahme folgender

Resolution:

Der Parteitag dankt der Fraktion, daß sie nach Ablehnung der Erbschaftsteuer grundtätig jede weitere Mitwirkung an der sogenannten Finanzreform verweigert hat, die lediglich eine Gewerbe, Handel, Verkehr und das bewegliche Kapital treffende übermäßige Steuererhebung darstellt. Der Parteitag erachtet jede weitere Geltendmachung der Finanzen für ausgeschlossen.

1. Solange nicht das politische Verantwortlichkeitsgefühl in allen Schichten des Volkes durch Verleugern des Reiches gleichmäßig treffende bemessene direkte Steuern nachgewiesen wird;

2. Solange nicht mit der Verteuerungspolitik gebrochen wird, die dem Volke ungeheure Lasten zu Gunsten des Großgrundbesitzes und einigen wenigen konzentrierten Großindustriellen auferlegt;

3. Solange ein Teil der Steuern zur Subventionierung einzelner Gewerbe durch Liebesgaben verwendet wird.

Klar hat sich gezeigt, daß die Regierungen keine Schutzwelt gegen die unerhörten Befehle der Reaktion bieten, daß ihnen der Mut fehlt, durch Auflösung des Reichstages an das Volk zu appellieren. Da die Macht der Reaktion nicht auf der Mehrheit der Wählerhaft, sondern auf rückständigen staatlichen Einrichtungen beruht, so fordert der Parteitag:

1. Neueinteilung der Wahlkreise und wirksame Sicherung des Wahlgleichmässigkeit;
2. das Reichstagswahlrecht für Preußen und entsprechende parlamentarische Einrichtungen in den anderen Einzelstaaten;
3. volle Freiheit der politischen Betätigung für jedermann. — Sade des deutschen Volkes ist es, den Kampf aufzunehmen und durch Zusammenfassung aller freisinnlichen Elemente die Reaktion zu überwinden. In alle Parteiengehören richten wir die bringende Mahnung, die Erregung, die über das unerhörte Gebahren der Reaktion immer weitere Volksteile erregt, auszunutzen und unmittelbar zu arbeiten, damit die nächsten Wahlen, von denen man nicht wissen kann, wann sie eintreten, den Sieg der liberalen Gedanken bringen;
4. die Unparteilichkeit der Behörden allen politischen Parteien gegenüber.

Prof. L i s z t - B e r l i n empfiehlt die einstimmige Annahme der Resolution G o t t h e i n und die Einigung der linksliberalen als Parole der kommenden Agitation. Landgerichtsrat H e r z - H a r z b u r g: Unter B i l o w ist die Zeit Wunow von 1850 wieder gekommen. Drei Erfolge werden B i l o w zugesprochen: Die Beilegung der Camarilla — das war aber Harbans Wert; die Ausschaltung des Zentrums — das ist D e r n b u r g zu verdanken, und die Novemberrücknahme, die auf einen Geheimrat zurückgeht. Abg. D r. R e u m a n n - S o f e r: Die Gründung des Hanlabundes ist von uns begrüßt worden als die industrielle Vertretung Deutschlands im Gegensatz zum Bunde der Landwirte. Der Bauernbund aber ist im Gegensatz zum reaktionären Bunde der Landwirte als

eine weitere landwirtschaftliche Vertretung Deutschlands geglaubt werden. Dingen wir nicht die nichtreaktionären Elemente zu Reaktion. Abg. F e g e r möge als echter „Bau“ dem Bauernbunde beitreten, dann werde der Bauernbund die Entwicklung nehmen die man ihm wünscht, nicht die, welche die Gegner im liberalen Lager befehlen. (Beif. Beifall.)

Es wird sodann folgende Resolution F e g e r angenommen:

Der außerordentliche Parteitag des Bauernbundes des Rheinlands begrüßt eine selbständige Bauernbewegung als ein geeignetes Mittel, die berechtigten Interessen der Bauern und damit die wahren Interessen der deutschen Landwirtschaft zur Geltung zu bringen.

Nach langer Debatte wird die Resolution G o t t h e i n einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. — Abg. G e h. R a s S c h r o d e r schloß den Parteitag mit der Aufforderung, für die Partei im Lande eifrig zu wirken.

Der nationalliberale Parteitag

nahm im Kaiserpaal des „Rheingold“ seinen Anfang. Um bekannteren Führer der Partei waren anwesend und von der Reichs- und der preussischen Landtagsfraktion stellte kaum ein einziges Mitglied. Auch die national-liberale Parteipresse war diesmal ganz außerordentlich stark vertreten. Man sah die C e h r e d a r t e u e r fast alle größeren national-liberalen Blätter des Reiches. Die besondere Bedeutung der Tagung hatte alle Kreise der Partei mobil gemacht und wohl noch kein national-liberaler Parteitag ist so besucht gewesen, wie der gegenwärtige. Auf den Emporen des Saales sah man auch eine stattliche Anzahl Damen. Kurz nach 11 Uhr vormittags eröffnete der Vorsitzende der Partei, Reichstagsabgeordneter B a s s e r m a n n, die Verhandlungen. Die Versammlung wählte dann auf Vorschlag des Abg. S c h i f f e r die Abg. D r. S t e b e r, D r. F r i e d e r g und G e h. R a t D. R a h l in das Präsidium des Parteitages. Der Zentralvorstand der Partei hat beschlossen, folgende

Resolution

zur gegenwärtigen politischen Lage zur Annahme zu empfehlen:

„Der allgemeine Vertretertag spricht unter voller Billigung der Haltung der national-liberalen Reichstagsfraktion aus, daß die Überzeugung aus, daß eine befriedigende Gestaltung der Reichsfinanzen nur möglich ist, wenn mit der unabweisbaren Heranziehung des Massenverbrauchs von Vermitteln eine allgemeine Besteuerung des Reiches verbunden wird. Für diese kann zurzeit nur noch die Erbschaftsteuer in Frage kommen. Die militärische, einseitige Handel und Gewerbe belastende, den Mittelstand in Stadt und Land schwer schädigende Steuererhebung der konfessionell-politischen Mehrheit ist abzulehnen.

Inser Wirtschaftsleben ist gestört, unser Ansehen im Ausland gefährdet, unter ganzes Staatswesen schweren Erschütterungen ausgesetzt. Für alles das machen wir die konfessionelle Partei und das Zentrum mit seinem politischen Anhang vor dem deutschen Volke verantwortlich. Die konfessionelle Fraktion ist es, welche den Bock sprengt, den Zentrum den Weg zur alten Macht gebahnt, den um die auswärtige Politik, das deutsche Wirtschaftsleben und nicht zum wenigsten um die deutsche Landwirtschaft hochverdienten Reichstagsler gekürzt hat.

Und unter das Joch dieser neuen Koalition wollen die

Verändernden Regierungen sich beugen!

Das deutsche Bürgerium in Stadt und Land ruft nun auf zu Widerstand und Kampf! Alle, denen es Gemeinsschaft ist, in dieser Stunde Parteinteressen zurückzusetzen, lassen vor denen der Allgemeinheit, mögen zu uns stehen gegen eine Verbrüderung, welche den großen nationalen Erfolg der Reichstagswahl von 1907 preisgibt.“

Hierauf nahm, mit Beifall begrüßt, unter allgemeiner Spannung der Vorsitzende der Partei, Reichstagsabgeordneter B a s s e r m a n n, das Wort zu einer langen, glänzenden Rede über die „Allgemeine politische Lage.“ Darin sagt er u. a. vom

Reichstagsler:

Daß man die Reichsfinanzreform, so wie man es getan hat, verfehrt hat, das konnte nichts anderes sein als das schärfste Mißtrauensvotum für den Reichstagsler. Wenn B i l o w sagt: ich trete zurück, so war das, wenn er den Reichstagsler nicht auflösen konnte, eine würdige Antwort. Wir müssen dem scheidenden Kanzler unseren Dank aussprechen: in der auswärtigen Politik hat er unser Schiff mit Energie und Erfolg gesteuert. Wir haben unsere frühere Machtstellung wieder erlangt. Wer aber in unserer schwierigen auswärtigen Lage, denn sie ist heute nicht einfacher geworden, den Reichstagsler für die, der nimmt eine große folgende schwere Verantwortung auf sich. Und in der inneren Politik hat der Reichstagsler den Grundbaustein verfallen. Folgegelegenheit gegen die Sozialdemokratie nicht vorzuzufassen und die soziale Gesetzgebung fortzuführen. In dem Augenblick, wo der Reichstagsler abtritt, hat er den Erfolg erzielt, daß zum ersten Male in der Sozialdemokratie

der Revisionismus gestiftet hat.

Er hat den großen Erfolg gehabt, bei den letzten Reichstagswahlen die Sozialdemokratie zur Strede zu bringen. Dielem Erfolg reißt sich an, daß bei der Reichsfinanzreform die Sozialdemokratie sich das erste Mal auf einen politischen Standpunkt stellte: der Revisionismus hatte gestiftet. Und in der klugen Politik, in der der Reichstagsler Konservation und Liberale einigte, hat er verstanden, die linksliberalen Gruppen zur Wirtarbeits heranzuziehen. Dieser Kanzler nun tritt zurück und erklärt, daß er mit der neuen Mehrheit, die den Revisionismus zu regieren mag, nicht einig sein will, gegen die Sozialdemokratie zu regieren. Gehen wir diesem Kanzler, nicht unseren Dank aussprechen. (Beif. Beifall) und selbst weiser Widerspruch. Vor allem eines wird dem Kanzler unvergessen bleiben: er hat den Kampf gegen das Zentrum gewonnen, als ich in jenen Dezembertagen herausstellte, wie schwer der Zentrumsdruck auf unserer Politik lastete. Wenn wir nun auch befragen müssen, daß der Kanzler nicht vermochte, die Auflösung des Reichstages herbeizuführen, und wir doch der Kanzler bleiben, der in schweren Stunden den Kampf gegen Rom gewagt hat. (Sturm. Beifall.) Das wird ihm ein

unvergänglich Platz in der deutschen Geschichte

haben. (Beif. Beifall.) Wenn immer mehr im deutschen Volke der Gedanke erwacht wird, wie Roms und des Zentrums Einfluß wächst, dann wird der Gedanke, den der Reichstagsler erzeugt hat, wieder seine Aufstehung feiern, um endgültig den Zentrumsseinfluß zu brechen.

Basternam schloß eintrudeln: Eine mächtige Bewegung ist durch unser Volk: ich spreche von Sanjabad und vom Deutschen Bauernbund. Wir sehen, wie Handel und Industrie protestieren gegen die neue Steuerpolitik, und wir sehen die deutsche Landwirtschaft aufstehen gegen die einseitige Großgrundbesitzerpolitik. Darum schließen wir unsere Reihen, bilden wir neue Gattungen, organisieren wir durch das ganze Land eine neue und breitere Plattform, nähern wir die letzte Zeit, und möge der Delegiertentag in diesem Sinne sprechen! Lassen Sie uns auch auf diesem Delegiertentag einig sein. Wir kämpfen in diesem Kampfe für den deutschen Mittelstand in Stadt und Land, für die Mitte des Handels und der Industrie, für eine gerechte Gesetzgebung, auch für den Arbeiter. Der neue schwarze Block wird in diesem Kampfe einen Vorherrscher erringen, das können wir nicht ändern. Aber wir stehen einig da in unserer Niederlage. (Sehr Beifall.) Unsere Devise soll sein: „salus publica, das allgemeine Wohl, die Zukunft und das Glück unseres Vaterlands.“

Es kommt zu außerordentlich lebhaften Ovationen für den Redner. Die über 600 Mann starke Versammlung erhebt sich vor den Redner und klappt dem Redner minutenlang Beifall. — Es tritt hierauf eine Pause ein.

Geheimrat Prof. Dr. Kahl nimmt als erster in der Debatte das Wort, um, wie er ausführte, sein Zeugnis für das Vaterland abzugeben und den Dank an den Führer Baffermann abzugeben. Die Stellung der Konservativen kann man nicht anders als eine Treulosigkeit bezeichnen, denn es verliert gegen die Bedingungen von Treu und Glauben, auf denen der Block aufgebaut war. Die Zustände haben sich jetzt so zugefügt, daß nur noch eines helfen kann: der Appell an das Volk! (Stürm. Zustimmung.) Mit der Mahnung zur unbedingten Einigkeit schloß der Redner: Lassen Sie die große Stunde große Männer finden. (Sehr Beifall.)

Erzengel (Hr. Dr. W. Baffermann) bittet den Antrag abzugeben, der dem Bundestag für alle Zukunft eine Reihe von Vertretern abzugeben solle. Auch bitte er den Antrag abzulehnen, welcher den Rat der Reichskammer streichen solle. Wir sind besorgt, aber auch der Reichskammer ist besorgt. Wir sind consortes, und da ziemt es sich, dem sozusam malorum

eine Zeile des Mittels

zu weihen (Heiterkeit.) Man dürfe bei Beurteilung des Kanzlers nicht allein die letzten Tage in Betracht stellen, sondern müsse alle die früheren Jahre seiner Tätigkeit berücksichtigen. Gerade der Tätigkeit des Kanzlers in den letzten Monaten habe man einen großen Erfolg in der auswärtigen Politik zu verdanken gehabt, bei dem helle Jubel begrüßt wurde. Auch dieser Redner findet die Gründe gegen die Auflösung des Reichstages nicht für stichhaltig und appelliert an die national-liberalen Wähler, bis zu den nächsten Wahlen ihre volle Schuldigkeit zu tun, damit es gelänge, aus dem geborenen Rheinbund einen Ring zu schmieden, der stärker sei, als der bei den letzten Wahlen. (Sehr Beifall.) Hierfür wird die ganze Resolution mit den angenommenen Abänderungen einstimmig angenommen. (Die Abstimmung wird mit minutenlangem donnernden Beifall begrüßt.)

Appellus (Eisenach) (zur Geschäftsordnung) bittet, an der Feier der Erinnerung an die Gründung des Nationalvereins, die statt des Parteitages Anfang des Oktober in Eisenach stattfinden wird, zahlreich teilzunehmen.

Hg. Stresemann weist im Schlußwort auf die Bedeutung der gegenwärtigen Zeit für den Liberalismus hin und glaubt, daß aus dieser Zeit eine neue Periode des Liberalismus in Deutschland entstehen werde. Er läßt sich weiter über die Neugründungen des Sanjabad und Bauernbundes aus und betont die Landwirtschaftsfreundlichkeit der national-liberalen Partei, der in erster Linie die Zollgesetzgebung von 1903 zu verdanken sei und schließt mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland. In spontaner Begeisterung stimmt die Versammlung das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ an. Um 3 Uhr nachmittags wurde der Parteitag geschlossen.

Husland.

Das indische Problem.

Die Morbidity der jungen Indiers Dhinagri beschäftigt unangenehm die öffentliche Meinung Englands. Unter den führenden Männern hat sich ein Streit erhoben, ob das Verbrechen Dhinagris als ein politischer Mord anzusehen ist oder nicht. Die liberale Presse, welche die Indier vor Verbrechen zu schützen bestritt, ist bemüht sich, den Nachweis zu führen, daß der Morbidityplan in dem Sinne eines einzelnen wahnwichtigen Fanatikers entstanden sei. Die Hindus Imperialisten, wie der „Standard“, sprechen dagegen von einer organisierten Verschwörung, die rücksichtslos unterdrückt werden müsse und haben gegen die mit Indien sympathisierenden englischen Redaktionen, die „Times“, die erst kürzlich pessimistische Beschlüsse aus Indien brachte, geschrieben: „Wir sind sicher, daß die schreckliche Verbrechen die Regierung hier und in Indien nicht von den konsequenten Durchführungen an sich empfehlenswerter Reformen abhalten kann und werde.“

Der geheimnisvolle Schöner, den die britische Regierung über die politischen Sorgen und Strömungen in Indien zu breiten liebt, wird durch die aufsehenerregende Blutthat in einer dem englischen Publikum wie den offiziellen Kreisen höchst unwillkommenen Weise geklärt. Die rücksichtslose Unterdrückung des indischen Selbstgefühl kann eben das Erwachen einer Nation von mehr als 300 Millionen nicht aufhalten.

Das Zentrum der indischen antenationalen Partei in London ist das India House in Highgate. Die Partei hielt dort eine Sausuchung ab. Die Insassen waren jedoch bis auf einen Stubenten verkommen. In London erhebt sich auch das Hauptorgan der indischen Revolutionspartei, der Indian Sociological, dessen geistiger Leiter der in Paris lebende Krishna Bama ist. Krishna Bama ist ein Gelehrter von Oxford und war in London als Barrister eingeschrieben. Er wurde aber kürzlich wegen seiner politischen Ansichten gestrichelt.

Der Meister in der Not.

Der Meister, der neue zehende Mann, wurde am Sonntag von Kaiser Franz Josef in Budapest empfangen. Der

Kaiser übertrag ihm die weitere Führung der Geschäfte Ungarns. Dann reiste er nach Budapest zurück, wo wo er in den ersten Tagen dieser Woche wiederum nach Wien kommen wird, um die nötigen Formalitäten zu erfüllen. Damit ist die Hoffnung der Unabhängigkeitspartei, daß die Krone auf die künftigen Pläne, an denen die Partei bis zum letzten Augenblick mit großer Hoffnung festhielt, zurückzuführen werde, wohl abgeklungen.

Die Berufung Weterers dürfte kein Provisorium sein. Schon Gründe der Autorität erheben ein Definitivum. Außerdem ist der frühere Ministerpräsident Ungarns viel zu erfahren, um eine Aufgabe zu übernehmen, von deren Lösung er nicht überengt wäre.

Die Galviseier in Genf.

An dem am Anfang der Galviseier veranstalteten Festmahl, das 500 Gedecke zählte, nahmen alle auswärtigen Delegationen, darunter die Vertreter Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns, der Niederlande, Schwedens und Dänemarks teil. Ansprachen hielten u. a. der Präsident des Genfer Konstituentenoberhauses, der Präsident des Genfer Staatsrates Charbonnet und der des preussischen Oberländerkanzlers D. Roigts-Berlin, der für die evangelische Kirche Preußens sprach. Abends 8 Uhr fand in der Hauptkirche zu St. Peter die erste Aufführung der Festkantate mit Text vom Pastor Koorich und Musik von Barbisau vor etwa 3000 Zuhörern statt.

Rußlands Haltung zu den Unruhen in Persien.

Die russische Regierung sandte an die fremden Regierungen eine Zirkulardespeche, worin erklärt wird:

Trotz der auf den Rat Rußlands und Englands von der Regierung des Schahs getroffenen Maßregeln zur Wiederherstellung einer repräsentativen Regierungsform und der Verwirklichung nützlicher Reformen dauere die russische Regierung die Gegner der Regierung des Schahs näherten sich allmählich Teheran, um Elemente zum Aufbruch bereit seien und eine starke Wirkung bemerkbar sei. Die kaiserliche Regierung werde auch in Zukunft ihre Politik in Persien das Prinzip einer vollständigen Nicht-Einmischung in die inneren persischen Angelegenheiten und den Kampf des Schahs mit dem persischen Volk zugrunde legen. Da im Falle eines Einrückens der Bachtianer und Revolutionäre in Teheran für die europäischen Gesandtschaften, Institutionen und Untertanen und die Sicherheit der russischen Truppe in Kaschmir zu fürchten sei, besonders bei dem augenblicklich stark geschwächten Zustand der einzigen regulären Truppe des Schahs, nämlich der persischen Kolonialbrigade, sei die kaiserliche Regierung moralisch verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, die die Sicherheit zu treffen. Daher werde ein Kolonialregiment, ein Fußbattalion und eine Batterie nach Kaschmir gehen, die mit neutralen Institutionen versehen sei, nicht über Kaschmir hinausgehen. Ein weiteres Vorgehen dürfe nur auf Veranlassung der kaiserlichen Gesandtschaft in Kaschmir der Gefahr der Eskalation folgen. Die Instruktionen sind im Sinne der obigen Ausführungen gehalten und verbieten den Truppen jede Einmischung in die inneren persischen Verhältnisse. Der Aufenthalt der Truppen wird nur so lange dauern, bis jede Gefahr für Leben und Eigentum der Europäer vorbei ist.

Kleine Tagesnachrichten.

Der italienische Politikwissenschaftler Orlando soll seine Demission zurückgezogen haben, um nicht das Gesamtministerium zu gefährden. Er ist indessen entschlossen, seine Entlassung nach der Abstimmung über die Marinelentation von neuem einzugehen, da er als stellvertretender Abgeordneter die Konvention als schädlich für Schillen betrachtet.

Die Wirren in Persien. Zwischen den Kolaten des Schahs und den Revolutionären unter Führung des Gouverneurs von Gilu, Sipahdar, hat Sonntag früh in Schahabad bei Teheran ein Gefecht stattgefunden, in dem die Kolaten einige Tote hatten.

Eine Renue der türkischen Flotte vor dem Sulten. Der Sultan nahm am Sonntag eine Renue über die Flotte ab. Der Renue wohnten der Scheich, alle Minister, Mahmud Scheffet Pascha, die Senatoren und Deputierten usw. bei. Das Publikum gab seiner Begeisterung in lebhaften Ovationen Ausdruck. Die Wälder seien die Flottenrenue als eine Wiedergeburt der Kriegsmarine.

Gesulten Abdul Hamid wird nicht abgeurteilt. Mahmud Scheffet Pascha erklärte, daß die Unterlegung des Kriegsgerichts die Schuld Abdul Hamids an dem Ereignissen vom 13. April festgelegt habe, daß Abdul Hamid jedoch entgegen anders lautenden Nachrichten nicht von dem Staatsgerichtshof gestellt werden wird.

Provincial-Nachrichten.

Wurz bei Magdeburg, 2. Juli. (Entgleiser Kleinbahnzug.) Auf der Strecke Schepdorf-Zieslar entgleiste ein aus Lokomotive, Packwagen und vier Personenwagen bestehender Kleinbahnzug, wodurch eine längere Betriebsstörung entstand. Personen wurden nicht verletzt.

Aschaffenburg, 2. Juli. (Die Rehle durchschnitten.) Heute fanden Landeute an der Brücke bei der Weienmühle die Rehle des 43jährigen Arbeiters Ernst Rehhahn aus Schwabrad bei Sonneberg in einer Wühlgrube liegen. Rehhahn hatte sich mit einem Rasenmäher die Rehle durchgeschnitten.

Hilfersfeld, 3. Juli. (Zwischen den Puffern erdrückt.) Im gestrigen Tage ereignete sich beim Rangierbetriebe der Unifabrik ein tödlicher Unfall. Der dazwischen beschäftigte Rangierer Sohn aus Jechin geriet zwischen die Puffer zweier Waggonen und wurde derartig gequetscht, daß der Tod augenblicklich eintrat.

Greiz, 1. Juli. (Wort der Aufsicht.) Obwohl der städtische Kapellmeister für sein philharmonisches Orchester jetzt bereits 600 Mk. Aufschuß von der Stadt erhält, gegen 2000 Mk. vor einigen Jahren, sieht sich Kapellmeister Schinde vor die Frage gestellt, das Orchester aufzulösen, wenn ihm nicht erhöhte Zuläufe gewährt werden. Das Orchester hatte hier schon immer zu kämpfen, daß hat sich besonders in den letzten Jahren eine recht unerquickliche Konturten seitens minderwertiger Kapellen geltend gemacht.

Greiz, 1. Juli. (Stiftung.) Schriftsteller Friedrich Schindler, der Witthaber der Firma Schindler & Co., ist gestorben aus dem Alter ausgeartet, um sich in das Privatleben zurückziehen. Aus diesem Anlaß stiftete er für den bei der Firma

schon bestehenden Unterstiftungs-fonds für Arbeiter und Waisenstelle die Summe von 20 000 Mark.

(1) Stendal, 2. Juli. (Der Kanderschänder.) Der vor einigen Wochen beim Schützenfest auf dem Schützenplatz in mehreren kleinen Wäldchen vergangen hatte, ist gestern verhaftet worden. Er wurde von der Staatsanwaltschaft gefaßt, und ist schließlich in Schwärz in Mecklenburg entbunden worden, wo er im Kranzhaus lag. Der Inhaber ist der Wertheimster Richard Zimmermann.

(2) Mehlstädt a. O., 2. Juli. (Ein letztsinniger Streich) hat ein hiesiges, 16jähriges Dienstmädchen namens Beger in den Tod getrieben. Sie hatte bei ihrer Herrschaft bemerkt, daß außer dem Herrn, einem hiesigen Spielbauer, auch die Frau eines Schiffsbauers auf dem Hofe im Lande in einem Sommerhaus aufbewahrt. Diesen Umstand machte sie dem Mädchen kund und machte insgeheim Anstalten an die Kasse ihrer Dienstherrschaft, bis diese den Diebstahl bemerkte. Von einer Bestrafung der Unredlichen sah die Herrschaft ab, doch sollte das Mädchen den Dienst verlassen. Aus Furcht vor ihren streng rechtlichen Eltern trank das Mädchen in der Nacht 6 Alkohole. Die fürchterlichen Schmerzen hielt das Mädchen standhaft aus, bis sie am andern Morgen in dem über und über mit Blut bedeckten Bett aufgefunden und in das Krankenhaus geschafft wurde. Dort ist sie nun ihren schweren Verletzungen erlegen.

4. Dessau, 3. Juli. (1000 Mark verloren.) Gestern Abend verlor ein junges Mädchen von hier in der Rathausstraße ein auf 500 Mark lauteses Sparfahrschreiben mit der Nr. 1478. In dem Buch befanden sich noch fünf Hundertmarkscheine. Das Geld gehört einer armen Person und bedeutet somit für diese einen großen Verlust.

Göttingen 2. Juli. (Ein Sohn, der den Vater denunziert.) Der Sohn eines Eisenbahnstellers, ein Maschinenlehrling, war von seinem Vater wegen geringfügiger Sünde geächtet worden. Aus Rache schrieb der Bengel an die Eisenbahnverwaltung, sein Vater habe Verbrechen begangen. Die Eisenbahnverwaltung ließ eine Sausuchung vornehmen, die denn auch wirklich der Eisenbahnverwaltung gehöriges Werkzeug im Werte von etwa 50 Markutage förderte. Gegen den Vater mußte ein Verfahren eingeleitet werden. Der Sohn wurde von seinem Lehrmeister entlassen. Dieser Tage ist nun der Vater nach dem von einer Lokomotive abgefahren und hat sich erhebliche Verletzungen zugezogen.

(3) Jena, 3. Juli. (Töblicher Kadsturz.) Auf einer Geschäftsreise fuhr dieser Tage ein junger Mann von 16 Jahren aus einer photographischen Anstalt aus Jena die stille Hauptstraße von Dornburg hinab und verlor dabei die Gewalt über das Rad, so daß er an einen Steinbauwerk anprallte und schwer verletzt liegen blieb. Der Bedauernswerte ist alsbald seinen Verletzungen erlegen.

(4) Altenburg, 3. Juli. (Eine Entführungsgeschichte.) Deren Riden nach Leipzig hinüberziehen, machte in diesen Tagen in einem Stadtviertel von sich reden. Mithin war nämlich die Tochter einer hiesigen adligen Familie verschunden. Als man nach ihrem Verbleib forschte, traf ein Brief von ihr ein, der meldete, daß sie mittels Kraftmagens nach Leipzig entführt worden sei. Sofort machte sich der Vater der Entführten auf und es gelang ihm auch, die Gefaschte zu finden. Ein junger Mann soll sich ihrer „angenommen“ haben, bis der bedauernswerte Vater seine Rechte geltend machte und die Tochter, die kaum der Schule entwachsen ist, wieder mit heim nahm.

Bäder und Sommerfrischen.

Das Dörschbad Zingst verbannt seine Bestehtheit letzter schönen, natürlichen Lage zwischen zwei Wäldern und seinem reinen Strand. Angelt hat allen modernen Komfort ohne den lästigen Toilettenangang. Für Restauration W. durch Konfekte, Reintönen, Theater usw. reichlich gelegen. Eine Anzahl Wohnungen — 150 — mit und ohne Küchen, sowie einige gute Hotels stehen zur Aufnahme der Gäste bereit. Es empfiehlt sich wegen einer Abnahme vorher an den Schriftführer der Badenverwaltung zu wenden. Fernzettel nach Zingst geben ab Berlin 6, 8, 7, 16, 18. Juli und 16. August. Ab Dresden 15, 16, 17. Juli und 15. August, ab Leipzig 16, 31. Juli und 16. August, ab Halle 4, 16. Juli und 16. August.

Wetter-Aussichten.

6. Juli: Windstark heiter, warm, schwül.
7. Juli: Windstark heiter, warm, kalter Gewitter.
8. Juli: Windstark heiter, warm, teils Bewölkt und Gewitter.
9. Juli: Bewölkt, schwül, warm, striedewise Gewitter.
10. Juli: Windstark bewölkt, regenbringend, schwül.

Leitung: Wilhelm Georg.

(In Vertretung: Eugen Brinmann.)

Verantwortlich für den politischen Teil: i. V. Eugen Brinmann; für „Ausland“, „Letzte Nachrichten“ u. „Sport“: Erich Pöckow; für den lokal. Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, und Handel: Eugen Brinmann; für den Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Hendel. Einmüßig in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

Ein interessanter Prospekt über die Judooh-Präparate sowie die damit verwandten und allgemein bekannte „Suders Barents-Medizinal-Säfte“ liegt unserer heutigen Ausgabe bei. Die genannten Präparate sind in Halle etc. zu Originalpreisen erhältlich: Gr. Weinstr. 33, Fern. St. H. Schillerstr. 7, Schiller-Str. 10, Weinstr. 32, Hugo Schuler, Dresden, Hauptstr. 2, W. H. Durum, Geisstr. 4, Sternstr. 10, Geisstr. 10/11, Wilhelm Voerger, Hellmuth, Fr. H. Müller, Kaiserstr. 10, Hermann-Drogerei, Leipzigerstr. 28, A. Weyna, Leipzigerstr. 31, Ernst Jenisch, Leipzigerstr. 68, Oscar Ballin jun., Leipzigerstr. 91, Oscar Ballin sen., Leipzigerstr. 104, Heilmold & Co., Lindenstr. 55, Königs-Drogerei, Ludw. Wucherstr. 75, Fern. Müller, Wolffstr. 1, Schwaben-Drogerei, Rannistr. 2, Max Räder, Riebeckplatz, Alfred Menz, Gr. Steinstr. 48, Bruno Berthold, Steinweg 26, Max Ott, Gr. Ulrichstr. 6, F. H. Pöckow, Gr. Ulrichstr. 30, W. Reitzsch, Hauptstr. 10, Ammerdorf, Sanitäts-Drogerei, J. H. Heller, In Radeb. Sanitäts-Drogerei, J. H. Heller, Engros: Otto Buchmann, Halle, Telephon 1083.

„EIN Apollinaris WALT-TABELNDRUCK“

